

## Antrag AS-05: Zukunft der Rente

Antragsteller*in:	AWO Landesverband Hamburg e.V.
Status:	überwiesen an das Präsidium
Sachgebiet:	AS - Arbeit & Soziale Sicherung

- 1 Der Bundesverband wird aufgefordert, ein geeignetes Gremium einzurichten, um in der
- 2 Diskussion um die Rentenreform kontinuierlich Stellung zu beziehen, weitere
- 3 Reformvorschläge kompetent zu bewerten sowie die AWO-Gliederungen vor Ort
- 4 argumentativ zu unterstützen und Initiativen zur Umsetzung der AWO-Eckpunkte zu
- 5 ergreifen.

### Begründung

Deutschland steht derzeit vor der Aufgabe, das System der Rentenversicherung grundsätzlich zu reformieren und zukunftsfest zu machen. Die AWO vertritt dazu die Grundüberzeugung: Mit einer richtigen Rentenreform könnten die Renten aller Menschen gesichert und sogar erhöht werden! Das Ziel muss sein: Nach einem langen Arbeitsleben von über 40 Jahren müssen alle eine auskömmliche Rente erhalten! Altersarmut in der Folge niedriger Renteneinkommen darf es nicht geben.

In der anstehenden Auseinandersetzung um eine zukunftssichere Rentenreform geht die AWO von folgenden Eckpunkten aus:

#### **Alle Erwerbstätigen müssen in die Rentenkasse einzahlen!**

Notwendig ist, dass alle Erwerbstätigen – egal ob Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer, Beamter, Selbständiger oder Politiker – gemeinsam in das Rentensystem einzahlen.

Das Prinzip der paritätisch umlagefinanzierten Rente – d.h. dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Versicherungsbeiträge teilen – muss uneingeschränkt erhalten bleiben.

#### **Besserverdienende müssen einen stärkeren Beitrag leisten!**

Es ist notwendig, dass auch Menschen mit sehr hohen Einkommen und Vermögen einen solidarischen Beitrag zur Finanzierung der Rentenleistungen erbringen. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt zurzeit bei rund 7.500 Euro im Monat, d.h. für höhere Einkommensteile sind keine Rentenversicherungsbeiträge mehr zu zahlen. Diese Grenze muss zukünftig höher angesetzt werden. Dabei sind alle Einkommensarten zu berücksichtigen.

#### **Mindestlohn weiter anheben, Zahl der Minijobs reduzieren!**

Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 15 Euro je Stunde und seine weitere Anpassung im Zeitverlauf sind unumgänglich. Eine versicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung muss zu einer Rente oberhalb der Grundsicherung führen.

Versicherungsfreie Minijobs sichern dies nicht. Nur gute Arbeit führt zu einer guten Rente.

#### **Nicht beitragsgedeckte Leistungen staatlich finanzieren!**

Es muss dauerhaft gesichert sein, dass die Rentenversicherung in Fällen, wo sie öffentliche Aufgaben finanzieren soll, einen vollen Ausgleich vom Staat erhält.

In der Vergangenheit wurden die Beitragszahlungen der Versicherten vom Staat immer wieder zur Finanzierung „versicherungsfremder Leistungen“ herangezogen. Beispiele sind die Rentenversorgung für die Menschen der ehemaligen DDR, die Mütterrente, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten oder Zeiten der Schulausbildung. In allen Fällen wurde die Rentenversicherung dabei zu Zahlungen verpflichtet,

für die sie keine Beiträge erhalten hatte.

Der Bund zahlt zwar Zuschüsse an die Rentenversicherung, diese reichen jedoch keineswegs aus. Nach Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung geht es hier um rund 40 Milliarden Euro, die Jahr für Jahr aus der Rentenkasse entnommen werden. Diese Praxis gehört zu den wesentlichen Ursachen dafür, dass die Rentenversicherung finanziell unter Druck steht. Das gleiche gilt im Übrigen auch für die Krankenversicherung.

### **Reduzierung der Steuerbelastung der Renteneinkommen!**

Bedingt durch frühere Reformen des Rentensystems werden immer mehr Rentnerinnen und Rentner mit erheblichen Steuerabzügen belastet – d.h. es gibt „weniger Netto vom Brutto“.

Zumindest für niedrige Renteneinkommen sollte deswegen ein Freibetrag in der Einkommensteuer in Höhe von mindestens 16.000 Euro pro Jahr gelten.

### **Investitionen in Kitas, Schulen und berufliche Bildung!**

Der Alterungsprozess der Gesellschaft findet schon seit langem statt – die Rentenversicherung ist trotzdem nicht zusammengebrochen. Es handelt sich hierbei um einen grundlegenden Trend, der sich aber nicht quasi katastrophenhaft zuspitzen wird. Kluge, vorausschauende Politik kann den Folgen des demografischen Wandels entgegenwirken. Beispiele:

- 1) Fast 3 Millionen Menschen in Deutschland unter 35 Jahren sind ohne Berufsausbildung, jedes Jahr verlassen fast 260.000 Jugendliche die Schule ohne ausreichende Qualifizierung. Eine durchgreifende Verbesserung des deutschen Kita- und Schulsystems würde bewirken, dass mehr junge Menschen einen qualifizierten Beruf mit einem höheren Einkommen ergreifen könnten – zu ihrem Vorteil und zum Vorteil der Rentenversicherung.
- 2) Nahezu 80 % der teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen sind Frauen. Für viele von ihnen sind Defizite bei der institutionellen Kinderbetreuung der wesentliche Grund für die Teilzeitarbeit. Auch hier gilt: Gute Kitas sind ein Baustein für eine sichere Rente.
- 3) Immer noch arbeiten über 5 Millionen Beschäftigte in Deutschland im Niedriglohnsektor. Qualifizierung ist auch hier der entscheidende Faktor, um ihnen den Übergang in einen besser bezahlten Beruf zu ermöglichen.

### **Den Übergang in Angriff nehmen!**

Natürlich wird es komplizierte Übergangsprobleme geben, wenn man auch Selbständige, Beamte und Politiker in die gesetzliche Rente einbeziehen will. Solche Probleme wären aber auch mit anderen Reformkonzepten verbunden. Deshalb muss der langwierige Weg der Umgestaltung jetzt in Angriff genommen werden.